

Bayern zur Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus

(1918 - 1945)

*Kurt Eisner
Ministerpräsident
des Freistaates* **T**rotz der Wahl Kurt Eisners durch einen aus Arbeiter- und Soldatenräten gebildeten provisorischen Nationalrat zum Ministerpräsidenten des Freistaats Bayern blieben die bisherigen Strukturen des Staates bestehen, z.B. die auf der politisch konservativen Beamtenschaft ruhende Verwaltung oder die überkommenen Besitzverhältnisse. Für seine politischen Ziele, insbesondere die Verbindung zwischen direkter Demokratie - dem Rätssystem - und indirekter Demokratie - dem Parlamentarismus, konnte er keine Mehrheiten gewinnen.

Bei den Wahlen zum Landtag am 12. Januar 1919 erlitt Eisners USPD eine erhebliche Niederlage. Am 21. Februar 1919 wurde er auf dem Weg in den Landtag, wo er seinen Rücktritt erklären wollte, von Graf Anton Arco-Valley erschossen. Daraufhin verübte ein Angehöriger des revolutionären Arbeiterrats einen Anschlag auf den Führer der Mehrheitssozialisten, Erich Auer, der schwer verletzt wurde.

Räterepublik Dem Kabinett unter dem neu gewählten Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann, einem Sozialdemokraten, gelang es nicht, die zunehmende Polarisierung zwischen den parlamentarischen Parteien und lokalen Arbeiter- und Soldatenräten abzubauen. Im Gegenteil, die Lage spitzte sich so zu, daß das Kabinett Hoffmann gezwungen war, zur Beratung der Verfassung nach Bamberg auszuweichen. Das dadurch entstehende Machtvakuum nutzte eine Gruppe um den Philosophen Gustav Landauer und die Schriftsteller Ernst Toller und Erich Mühsam, um in der Nacht vom 6. auf den 7. April 1919 die "Räterepublik Baiern" auszurufen. Sechs Tage später übernahm Eugen Leviné, ein Angehöriger der kommunistischen Partei, die Führung der Räterepublik. Unter dem Eindruck der Nachricht, daß die "Rote Armee", die Truppe der Räterepublik, zehn Geiseln ermordet hatte, begann am 1. Mai 1919 die Eroberung Münchens durch die von Ministerpräsident Hoffmann angeforderten preußischen und württembergischen Truppen und die Freikorps, deren wochenlange Terrorherrschaft beinahe tausend Menschen das Leben kosten sollte.

*Bamberger
Verfassung* In Bayern regierte nun formal die Regierung Hoffmann. Sie verabschiedete am 14. August 1919 auch die Bayerische Verfassung, die am 15. September 1919 in Kraft trat, nach ihrem Entstehungsort "Bamberger Verfassung" genannt. Im gleichen Jahr fand eine Volksabstimmung im Gebietsteil Coburg des ehemaligen Herzogtums Sachsen-Coburg und Gotha statt, die die Grundlage bildete für die am 1. Juli 1920 vollzogene Vereinigung Coburgs mit Bayern.

Die politische Wirklichkeit wurde nachhaltig durch monarchische und rechtsradikale Kräfte bestimmt. Sie hatten ihre Basis in konservativen Bestrebungen bürgerlicher Kreise, die verstärkt wurden durch eine strikt antikommunistische und antisemitische Propaganda. Hinzu kamen partikularistische Tendenzen, die sich gegen das Reich richteten.

Diese politische Konstellation führte in der Anfangsphase der Weimarer Republik zu zwei schweren Konflikten: dem Kapp-Putsch am 13. März 1920 und dem Hitler-Putsch am 8. November 1923

*Bayern als
"Ordnungszelle"
des Reichs* Der Kapp-Putsch war ein Versuch militanter Kräfte der radikalen Rechten, die Regierungsgewalt in Deutschland zu übernehmen. Er bewog Ministerpräsident Hoffmann zum Rücktritt. Als neuer Ministerpräsident wurde Gustav Ritter von Kahr bestellt. Kahr war als Monarchist bestrebt, mit allen Mitteln die vor 1918 herrschenden Verhältnisse wiederherzustellen und Bayern zu einer "Ordnungszelle" des Reichs zu formen.

Die die Reichsverfassung ablehnende und die politische Rechte begünstigende Politik Bayerns blieb auch nach dem Rücktritt Kahrs bestehen. Vor allem München wurde in jenen Jahren Zentrum extremer nationalistischer Agitationen. Hier konnten rassistische und nationalistische Organisationen, die schon vor dem Ersten Weltkrieg entstanden waren, gedeihen. Nicht zuletzt auf diesen Grundlagen baute Adolf Hitler auf: Aus der Deutschen Arbeiterpartei formierte er die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), für deren Parteiprogramm, das am 24. Februar 1920 verkündet wurde, er verantwortlich zeichnete. Das Krisenjahr der Weimarer Republik 1923 brachte eine allgemeine Verschärfung der politischen Lage im Reich.

Hitlerputsch Unter diesen Umständen ist der Putschversuch Hitlers im November 1923 zu sehen. Anlaß gab das Verbot des Organs der NSDAP, des "Völkischen Beobachters", wegen seiner Angriffe auf den Reichskanzler und den Chef der Heeresleitung. Der mit der Durchsetzung betraute General weigerte sich, den Auftrag auszuführen. Er unterstellte sich vielmehr Gustav Ritter von Kahr. Dieser war am 26. September 1923 vom Ministerrat zum Generalstaatskommissar mit nahezu diktatorischen Vollmachten ernannt worden. Das Vorgehen des Generals bedeutete Rebellion gegen die Reichsregierung, was Adolf Hitler für seine politischen Ziele auszunutzen suchte.

Am 8. November rief er auf einer Versammlung von Kahrs im Münchner Bürgerbräukeller die "Nationale Revolution" aus und erklärte die Reichsregierung für abgesetzt. Begünstigt durch die bis zu diesem Zeitpunkt opportunistische Haltung von Kahrs konnte General a. D. Erich Ludendorff, dem Hitler die militärische Führung bei seinem Umsturzversuch zugebracht hatte, am 9. November einen Demonstrationsszug durch München veranlassen, der allerdings vor der Feldherrnhalle von der Polizei mit Waffengewalt aufgelöst wurde. Der Umsturzversuch Hitlers war damit gescheitert. Nach der Wiedererstehung der NSDAP 1925 wandte sich Hitler einer pseudolegalen Taktik zu. Von Kahr, der durch die Ereignisse an Ansehen und Einfluß verloren hatte, trat im Februar 1924 von seinem Amt zurück. In den Folgejahren gestaltete sich das politische Geschehen in Bayern zunächst relativ ruhig.

Regierung Held Dies galt insbesondere für den Anfang der neun Jahre währenden Regierungszeit des bayerischen Ministerpräsidenten Heinrich Held. Der Zeitungsverleger Held war Mitbegründer der Bayerischen Volkspartei. Er wurde am 28. Juni 1924 gewählt und trat am 15. März 1933 von seinem Amt zurück. Held bemühte sich vor allem darum, die Reichsverfassung zu revidieren, die die politische Eigenständigkeit Bayerns erheblich einschränkte. Als Föderalist verwahrte er sich gegen den Staatsstreich Papens in Preußen. Die Gefahren, die Bayern durch Hitler und die NSDAP drohten, verkannte er zunächst. Er beteiligte sich aber an dem Versuch, die Herrschaft Hitlers in Bayern durch die Wiedereinführung der Monarchie zu verhindern.

Staatliche Stellen Bayerns hatten den Aufstieg Hitlers begünstigt, bayerische Gerichte milde Urteile gegenüber der politischen Rechten gefällt - Hitler hatte nach seinem Putschversuch eine nur sechsmonatige Haft in Landsberg zu verbüßen - und so das Weiterbestehen und die Ausweitung der nationalsozialistischen Bewegung mit ermöglicht.

"Machtergreifung" Der Rücktritt Helds und die gesetzlichen Maßnahmen der Nationalsozialisten, voran die Gesetze zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März und 7. April 1933, markieren die sogenannte Machtergreifung in Bayern und das Ende einer selbständigen Landespolitik. Bayern blieb als Verwaltungseinheit bestehen, wenn sich auch die Beziehungen zwischen dem rechtsrheinischen Bayern und dem Regierungsbezirk Pfalz lockerten. Die Parteien mußten sich wie überall in Deutschland auflösen oder wurden wie die SPD verboten, die Verbände "gleichgeschaltet". Ihre führenden Mitglieder flohen ins Ausland oder wurden in Dachau interniert. Gesellschaftliche und religiöse Minderheiten wurden systematisch entrechtet, voran die bayerischen Juden, die schon vor 1933 in Bayern in ihren Grundrechten eingeschränkt worden waren. Zwar existierte zunächst unter General Franz Xaver Ritter von Epp und schließlich unter dem am 12. April 1933 ernannten Ministerpräsidenten Siebert noch eine "Landesregierung"; sie hatte jedoch nur Verwaltungsaufgaben und war personell und organisatorisch abhängig von teilweise konkurrierenden Organisationen der NSDAP. Nach dem Tod Sieberts am 1. November 1944 wurde kein Nachfolger ernannt. Das Staatsministerium des Inneren und das Staatsministerium für Unterricht und Kultus unterstanden bis zu dessen Tod am 12. April 1944 dem Gauleiter für München-Oberbayern Adolf Wagner. Unter seinem Nachfolger Paul Giesler wurden die Reste bayerischer Ministerien einem "Zentralministerium" untergeordnet.

Bayern im NS-Staat Nach außen hin wurde Bayern jedoch von den Nationalsozialisten eine besondere Rolle zugewiesen: München wurde zur "Hauptstadt der Bewegung" ernannt, Nürnberg zum ständigen Sitz der Reichsparteitage erklärt. Die Nationalsozialisten verabschiedeten hier 1935 die "Nürnberger Gesetze", die die systematische Durchführung nationalsozialistischer "Rassenpolitik" einleiteten. Bayern mußte eine Art Vorreiterrolle für die Maßnahmen des NS-Staates übernehmen. 1933 entstand in Dachau das erste Konzentrationslager, die Synagogen in München und Nürnberg waren bereits Monate vor der sogenannten "Reichskristallnacht" im November 1938 zerstört worden.

Obwohl die NSDAP bei den Landtagswahlen am 24. April 1932 keine Mehrheit erreichen konnte und auch bei den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 zusammen mit der DNVP mit 47% der Stimmen unter dem im Reich erzielten Gewinnanteil von 51% blieb, ist die Geschichte Bayerns mit der des Nationalsozialismus nicht zuletzt dadurch verbunden, daß führende Vertreter der "Bewegung" aus Bayern stammten. Der Münchner Ernst Röhm, der in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg bayerische Einwohnerwehren und andere paramilitärische Organisationen mit Waffen versorgt hatte, reorganisierte nach dem Hitlerputsch die SA. Als er nach der "Machtergreifung" versuchte, die Interessen der SA im NS-Staat durchzusetzen, ließ Hitler ihn und die gesamte Führung der SA-Opposition beseitigen. Ein anderer prominenter Vertreter der NSDAP war der in der Nähe Augsburgs geborene Julius Streicher. Nach der Reorganisation der NSDAP wurde Streicher im April 1924 zum Gauleiter Frankens ernannt, das er zu einem der mitgliederstärksten Gebiete der "Partei" ausbauen konnte. Mit seiner antisemitischen Wochenzeitschrift "Der Stürmer" zählte er zu den Anstiftern am Mord von 6 Millionen Juden. In diese Reihe aus Bayern stammender NS-"Größen" gehören auch Hermann Göring und Heinrich Himmler. Unter Görings Verantwortung erfolgte zunächst in Preußen die stufenweise nationalsozialistische Durchdringung des Polizeiapparates, die Gründung der Geheimen Staatspolizei und anderer Sondereinheiten, die Errichtung von Konzentrationslagern und die polizeilichen Maßnahmen zur Gleichschaltung des gesamten öffentlichen Lebens. Unter der Leitung des Reichsführers der SS, Himmler, wurde auf Befehl Hitlers seit 1941 die planmäßige Ermordung der jüdischen Bevölkerung und der vom NS-Regime als "rassisch minderwertig" gekennzeichneten Menschen betrieben.

Widerstand Widerstand gegen die nationalsozialistische Politik beschränkte sich vor allem auf das Handeln einzelner und einiger Gruppierungen. Am bekanntesten ist wohl die "Weiße Rose". Breiteren organisierten Widerstand leisteten nicht zuletzt Kommunisten und Sozialisten, die in Kleingruppen mit Hilfe von Flugblättern über den wahren Charakter des Regimes informierten, mit emigrierten Genossen Kontakt aufnahmen und begannen, im Untergrund gegen den Nationalsozialismus tätig zu werden. Diesen Bemühungen blieb wie dem monarchisch oder religiös begründeten Widerstand der politische Erfolg versagt.